



-6. Juni 1988

1030

Konvention über die gegenseitige Anerkennung von Prüfergebnissen
 und Konformitätsnachweisen

Aufgrund des Auftrages des EVD vom 26. Mai 1988

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Der Konvention über die gegenseitige Anerkennung von Prüfergebnissen und Konformitätsnachweisen sowie dem Protokoll über die Anwendung dieser Konvention auf das Fürstentum Liechtenstein wird zugestimmt.
2. Im Hinblick auf das EFTA-Ministertreffen vom 14./15. Juni in Tampere wird der Delegationsleiter oder dessen Stellvertreter ermächtigt, die Konvention und das Protokoll unter Ratifikationsvorbehalt zu unterzeichnen.
3. Das EVD wird beauftragt, nach der Unterzeichnung der Konvention eine Botschaft auszuarbeiten.

Für getreuen Auszug
 Der Protokollführer:

Protokollauszug an:			
Lohn / <input type="checkbox"/> mit Beilage			
z.K.	Dep.	Anz.	Akten
✓	EDA	8	-
✓	EDI	6	-
✓	EJPD	6	-
✓	EMD	4	-
✓	EFD	7	-
	EVD	10	-
✓	EVED	5	-
	BK		
	EFK		
	Fin.Del.		



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

2520.1

Berne, le 26 mai 1988

AELE - Convention sur la reconnaissance mutuelle des
 résultats d'essais

Résumé:

La réalisation du marché intérieur de la Communauté européenne (CE) progresse rapidement. Pour les pays européens non-membres de la Communauté, il s'agit autant de veiller à ne pas être exclus par ce mouvement, que de participer activement à la création de l'espace économique européen. Dans cette optique, il a été convenu que les pays membres de l'AELE signent une convention portant sur la reconnaissance mutuelle des résultats d'essai et des attestations de conformité lors de la réunion ministérielle de l'AELE des 14 et 15 juin 1988 à Tampere. Cet instrument vise à surmonter les obstacles techniques au commerce, et en tant que tel, fait suite à l'établissement d'une procédure de notification obligatoire pour les projets de prescriptions techniques décidée en décembre 1987.

Dans la perspective de la réalisation de l'espace économique européen, cette convention devrait en outre créer les conditions nécessaires à l'établissement ultérieur d'un pont avec la CE. Des contacts réguliers avec la Commission des CE l'ont récemment confirmé: le présent projet de convention constitue une base appropriée pour la conclusion future d'accords entre les pays de l'AELE et la CE sur la reconnaissance mutuelle des résultats d'essai et des attestations de conformité, et ce aussi bien dans les domaines déjà couverts par des directives communautaires que dans les nouveaux domaines que comporte le marché intérieur.

Cette convention est une convention-cadre: elle détermine seulement le champ d'application et définit quelques principes fondamentaux. Ses effets se concrétiseront par la conclusion ultérieure d'accords sectoriels portant sur différents produits ou groupes de produits. Aux termes de la convention, chaque pays de l'AELE s'engage à reconnaître, sans les réexaminer, les résultats d'essai des laboratoires accrédités des autres pays de l'AELE. Les critères d'accréditation se conforment aux recommandations internationales. De plus, l'engagement susmentionné vaudra également pour les différents groupes de produits couverts par des accords sectoriels. Dans le cadre des accords sectoriels, les résultats d'essai de services de contrôle non accrédités pourront également être mutuellement reconnus pour autant que les parties à ces accords en conviennent expressément. Tous les services habilités à reconnaître des résultats d'essai ou des attestations de conformité seront énumérés dans une annexe à la convention.

Deutscher Text s. Rückseite



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

Bern, 26. Mai 1988

Konvention über die gegenseitige Anerkennung von Prüfergebnissen und Konformitätsnachweisen

Zusammenfassung:

Die Realisierung des EG-Binnenmarktes schreitet zügig voran. Für die europäischen Nichtmitglieder der EG gilt es sicherzustellen, dass sie von dieser Entwicklung nicht ausgeschlossen werden bzw. aktiv an der Schaffung eines gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes mitwirken können. An der nächsten EFTA-Ministerkonferenz vom 14./15. Juni 1988 in Tampere ist daher geplant, zwischen den EFTA-Ländern eine Konvention über die gegenseitige Anerkennung von Prüfergebnissen und Konformitätsnachweisen zu unterzeichnen. Dieses Instrument stellt im Bereich der Ueberwindung von technischen Handelshemmnissen systematisch eine Fortsetzung der im Dezember 1987 beschlossenen Einführung eines obligatorischen Notifikationsverfahrens für Entwürfe von technischen Vorschriften dar.

Im Hinblick auf die Realisierung eines gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes soll diese Konvention auch die Voraussetzungen für einen späteren Brückenschlag zu den Europäischen Gemeinschaften schaffen. Laufende Kontakte zur EG-Kommission haben bestätigt, dass der vorliegende Konventionsentwurf eine geeignete Grundlage für den künftigen Abschluss von Vereinbarungen zwischen den EG und den EFTA-Ländern über die gegenseitige Anerkennung von Prüfergebnissen und Konformitätsnachweisen darstellt, und zwar sowohl für jene Bereiche, die von bisher bestehenden EG-Direktiven abgedeckt werden wie auch für jene, die unter dem Binnenmarktprogramm neu entstehen.

Die vorliegende Konvention ist eine Rahmenkonvention, die lediglich den Geltungsbereich sowie einige wenige grundlegende Prinzipien festhält. Materiell konkretisiert wird die Konvention durch den späteren Abschluss von sektoriellen Uebereinkommen, die einzelne Produkte oder Produktgruppen abdecken sollen. Gemäss der Konvention ist jedes EFTA-Land verpflichtet, Prüfergebnisse akkreditierter Prüfstellen aus den anderen EFTA-Ländern ohne Wiederholung der Untersuchungen anzuerkennen. Die für die Akkreditierung massgeblichen Kriterien richten sich nach internationalen Empfehlungen. Für einzelne Produktbereiche gilt die Verpflichtung zur Anerkennung von Prüfergebnissen und Konformitätsnachweisen ferner für jene Fälle, in denen ein sektorielles Uebereinkommen ausgearbeitet wurde. Unter den sektoriellen Uebereinkommen können auch Prüfergebnisse von nichtakkreditierten Prüfstellen gegenseitig anerkannt werden, sofern sich die an diesem Uebereinkommen beteiligten Parteien auf eine solche Lösung einigen. Alle Stellen, von denen Prüfergebnisse oder Konformitätsnachweise anzuerkennen sind, werden in einem Anhang zur Konvention aufgeführt.

Texte français au verso



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

2520.1

Bern, den 26. Mai 1988

An den Bundesrat

Konvention über die gegenseitige Anerkennung von Prüfergebnissen
 und Konformitätsnachweisen;
 Unterzeichnung

I. Einleitung

An der nächsten EFTA-Ministerkonferenz vom 14./15. Juni 1988 in Tampere ist geplant, zwischen den EFTA-Ländern eine Konvention über die gegenseitige Anerkennung von Prüfergebnissen und Konformitätsnachweisen zu unterzeichnen (vgl. Beilage 1). Dies ist - nach der im Dezember 1987 verabschiedeten Ergänzung der EFTA-Konvention betreffend die Einführung eines Notifikationsverfahrens für Entwürfe von technischen Vorschriften - im Bereich der Ueberwindung von technischen Handelshemmnissen der zweite konkrete Schritt der in Interlaken eingeleiteten Stärkung der EFTA-internen Zusammenarbeit. Diese Konvention, an deren Erarbeitung die Schweiz massgeblich beteiligt war, bildet eine unerlässliche Voraussetzung für den späteren Brückenschlag zu den Europäischen Gemeinschaften im Hinblick auf die Realisierung eines gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes.

II. Ausgangslage

Die Realisierung des EG-Binnenmarktes schreitet zügig voran. Für die europäischen Nichtmitglieder der EG gilt es sicherzustellen, dass sie von dieser Entwicklung nicht ausgeschlossen werden bzw. den Zugang zum gesamteuropäischen Markt zu wahren. Bei der Vollen- dung des Binnenmarktes kommt der Ueberwindung der technischen Handelshemmnisse - den TBTs (technical barriers to trade) - eine grosse praktische Bedeutung zu. Ueber 100 der insgesamt 300 kon-

kreten Vorhaben des EG-Weissbuches fallen in diesen Bereich. Die beiden hauptsächlichsten Massnahmen zur Ueberwindung der TBTs sind:

- Harmonisierung der technischen Vorschriften und Normen, sowie
- Förderung der gegenseitigen Anerkennung von Prüfungen, Konformitätsnachweisen und Zulassungen.

In der EFTA wurde 1984, unmittelbar nach der Verabschiedung der Luxemburger Erklärung, ein Ausschuss für technische Handelshemmnisse geschaffen, um EFTA-intern die Koordination zu sichern, die unerlässlich ist im Hinblick auf die in Aussicht genommene Zusammenarbeit mit den EG zur Ueberwindung der TBTs. Dies setzt allerdings voraus, dass die EFTA-Länder in der Lage sind, ihrerseits - parallel zur Realisierung des EG-Binnenmarktprogramms - auch für den EFTA-Raum jene konkreten Ergebnisse zu erarbeiten, die für einen Brückenschlag zu den EG erforderlich sind. Um gegenüber dem Fahrplan der EG nicht in Rückstand zu geraten, hat die Schweiz in diesem Ausschuss eine massgebende Rolle übernommen. So ist es gelungen, sowohl die nötigen EFTA-internen Instrumente wie auch die Basis für die formellen Verhandlungen mit den EG - die voraussichtlich unmittelbar nach der Sommerpause beginnen werden - zu erarbeiten. Es handelt sich dabei um

- ein obligatorisches Verfahren für die Notifikation von Entwürfen für technische Vorschriften sowie
- einen Entwurf einer Rahmenkonvention über die gegenseitige Anerkennung von Prüfergebnissen und Konformitätsnachweisen.

Das erste Instrument hat zum Ziel, bei der Erarbeitung von technischen Vorschriften über die nationalen Grenzen hinweg für Transparenz zu sorgen, um der Entstehung allfälliger Handelshemmnisse aufgrund divergierender nationaler Vorschriften wenn möglich bereits im Entwurfsstadium vorzubeugen. Im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den EG wurde das bisher freiwillige EFTA-interne Notifikationsverfahren dem verbindlicheren EG-Verfahren angenähert. Dazu war eine Ergänzung der EFTA-Konvention erforderlich, die an der EFTA-Ministertagung vom Dezember 1987 verabschiedet und anschliessend den EFTA-Ländern zur Genehmigung unterbreitet wurde (vgl. dazu Botschaft des Bundesrates vom 30. März 1988). Diese Ergänzung soll auf den 1. Juli 1988 in Kraft treten. Anschliessend

ist beabsichtigt, zwischen den Verfahren von EG und EFTA eine Brücke zu schlagen, so dass die Notifikationen im ganzen westeuropäischen Wirtschaftsraum wirksam werden können.

Für das zweite Instrument, die vorliegende Konvention über die gegenseitige Anerkennung von Prüfergebnissen und Konformitätsnachweisen, ist systematisch das gleiche Vorgehen in Aussicht genommen. Hinsichtlich Inhalt und Umfang besteht jedoch ein grosser Unterschied, gilt es doch neben dem Brückenschlag auf der Ebene der Rahmenkonvention - die lediglich einige Grundprinzipien für die EG/EFTA-Zusammenarbeit festlegen soll - auch die Verbindung zu den über 100 einzelnen EG-Richtlinien sicherzustellen, die in den Bereich der technischen Harmonisierung des EG-Binnenmarktprogrammes fallen. Beilage 2 enthält eine schematische Darstellung der voraussichtlichen Struktur des künftigen Vertragswerkes zwischen den EG und den EFTA-Ländern.

III. Die wichtigsten Elemente der Konvention

Die Konvention ist - wie die Darstellung in Beilage 2 zeigt - eine Rahmenkonvention, die in den Artikeln 1 - 4 lediglich den Geltungsbereich sowie einige wenige grundlegende Prinzipien festhält. Materiell konkretisiert wird die Konvention durch den späteren Abschluss von sektoriellen Übereinkommen gemäss Artikel 5 der Konvention, die einzelne Produkte oder Produktgruppen abdecken sollen.

Artikel 1 legt den Geltungsbereich fest und enthält die wichtigsten für die Anwendung der Konvention erforderlichen Definitionen. Für die restlichen Definitionen wird auf bereits bestehende internationale Dokumente verwiesen, die in Anhang I zur Konvention aufgeführt sind. Gemäss Absatz 1 fallen alle Erzeugnisse unter den Anwendungsbereich dieser Konvention, deren Inverkehrbringen oder deren Gebrauch in der Schweiz oder in den andern EFTA-Staaten von der Vorlage von Prüfergebnissen oder irgendwelchen Konformitätsnachweisen abhängig gemacht wird. In Artikel 4 wird allerdings ausdrücklich präzisiert, dass für föderalistisch organisierte Staaten die Zentralregierungen nur mittelbar für das Verhalten ihrer Gliedstaaten verantwortlich sind. Eine analoge Lösung wurde

auch zur Abdeckung privater Prüf- und Zertifizierungsorganisationen gewählt. Dieser Artikel wurde unverändert aus dem GATT-Uebereinkommen über technische Handelshemmnisse übernommen, das auch von der Schweiz genehmigt wurde (SR 0.632.231.41).

Er verpflichtet die Vertragsparteien, alle ihnen zur Verfügung stehenden Massnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass auch die Gliedstaaten und privaten Organisationen die Verpflichtungen dieser Konvention bestmöglich befolgen.

Die wichtigsten Verpflichtungen der Konvention sind in Artikel 2 enthalten. Gemäss Absatz 1 ist jedes EFTA-Land verpflichtet, Prüfergebnisse akkreditierter Prüfstellen aus den anderen EFTA-Ländern ohne Wiederholung der Untersuchungen anzuerkennen. In der Schweiz sind bereits Grundlagen für die Akkreditierung von Prüfstellen vorhanden (Verordnung über die Kalibrier- und Prüfstellendienste; SR 914.291). Die für die Akkreditierung massgeblichen Kriterien richten sich nach den in Anhang II der Konvention aufgeführten internationalen Empfehlungen. Für einzelne Produktbereiche gilt die Verpflichtung zur Anerkennung von Prüfergebnissen und Konformitätsnachweisen gemäss Absatz 2 ferner für jene Fälle, in denen gemäss Artikel 5 der Konvention ein sektorielles Uebereinkommen ausgearbeitet wurde. Diese Uebereinkommen werden in Anhang III zur Konvention aufgeführt. Unter den sektoriellen Uebereinkommen können auch Prüfergebnisse von nichtakkreditierten Prüfstellen gegenseitig anerkannt werden, sofern sich die an diesem Uebereinkommen beteiligten Parteien auf eine solche Lösung einigen. Alle Stellen, von denen Prüfergebnisse oder Konformitätsnachweise nach Absatz 1 oder 2 anzuerkennen sind, werden in Anhang IV zur Konvention aufgeführt. Absatz 3 regelt das Verfahren für die Aufnahme bzw. die Löschung von solchen Stellen in Anhang IV.

Das Verbot der Wiederholung von Prüfungen und anderen Untersuchungen kennt nur drei Ausnahmen. Die erste (Art. 2 Abs. 4) räumt den Vertragsparteien das Recht zur Durchführung von Stichproben zur Kontrolle von in Verkehr gebrachten Erzeugnissen ein. Die zweite (Art. 3 Abs. 1) erlaubt den Vertragsparteien, die Anerkennung von bestimmten Prüfergebnissen oder Konformitätsnachweisen zu verweigern, falls Grund zur Annahme besteht, dass diese unvollständig oder unkorrekt sind. Die dritte schliesslich (Art. 3 Abs. 2) ist eine generelle Schutzklausel, die den Vertragsparteien erlaubt,

alle zweckdienlichen Massnahmen zu treffen, falls ein Erzeugnis die Gesundheit oder das Leben von Personen und Tieren oder von Pflanzen, die Umwelt oder die Sicherheit von Gütern zu gefährden droht, und zwar auch dann, wenn die verlangten Prüfergebnisse und Konformitätsnachweise vorliegen. Massnahmen, die unter die beiden letzten Ausnahmen fallen, unterliegen jedoch einer Ueberprüfung durch die anderen Vertragsparteien (Art. 9 Abs. 3) und dürfen weder ein Mittel zur willkürlichen Diskriminierung noch eine verschleierte Beschränkung des Handels zwischen den Vertragsparteien darstellen (Art. 3 Abs. 3).

Die Artikel 5 bis 7 enthalten Bestimmungen über den Abschluss von sektoriellen Uebereinkommen unter der Rahmenkonvention. Artikel 5 Absatz 1 ermächtigt die Regierungen der Vertragsparteien, solche sektoriellen Uebereinkommen in eigener Kompetenz abzuschliessen; ausserdem gibt diese Bestimmung den Regierungen die Möglichkeit, die Vertragsabschlusskompetenz an die innerstaatlich zuständigen Organe zu delegieren, soweit diese Organe nicht bereits von Gesetzeswegen zum Vertragsabschluss ermächtigt sind. Sektorielle Uebereinkommen werden durch Mehrheitsbeschluss des gemäss Artikel 8 der Konvention zu bildenden "Ständigen Ausschusses" in Anhang III aufgenommen bzw. gelöscht. Der Ständige Ausschuss hat dabei zu prüfen, ob die - insbesondere in Artikel 7 festgelegten - Mindestanforderungen erfüllt sind. Artikel 6 Absatz 4 nennt Gründe, die zur Löschung eines sektoriellen Uebereinkommens aus Anhang III führen können.

In Anbetracht der intensivierten Zusammenarbeit zwischen der EG und den EFTA-Ländern bei der Realisierung des europäischen Wirtschaftsraumes ist in Artikel 7 Absatz 3 stipuliert, dass sektorielle Uebereinkommen wenn immer möglich auf international harmonisierten Vorschriften (technische Anforderungen, Prüfmethode und Konformitätsnachweise) beruhen sollten. Dies ist jedoch keine absolut zwingende Voraussetzung für den Abschluss von sektoriellen Uebereinkommen.

Die Artikel 8 und 9 sehen die Schaffung eines Ständigen Ausschusses vor und legen dessen Verantwortlichkeiten fest. Die Aufgaben dieses Ausschusses werden voraussichtlich dem EFTA-Ausschuss für technische Handelshemmnisse übertragen werden, der auch die vor-

liegende Konvention ausgearbeitet hat. Dieser Ständige Ausschuss kann, in der Regel durch Konsens, Entscheide treffen und Empfehlungen verabschieden. In Ausnahmefällen (Art. 9 Abs. 2 und 3 sowie Art. 10 Abs. 4) sieht die Konvention Mehrheitsentscheide vor; in diesen Fällen ist die Zustimmung von vier der insgesamt sechs Vertragsparteien erforderlich. Neben der generellen Ueberwachung des Vollzugs obliegt dem Ständigen Ausschuss insbesondere die Aufgabe, über die Aufnahme bzw. Löschung von sektoriellen Uebereinkommen in Anhang III bzw. jener Stellen in Anhang IV zu befinden, deren Prüfergebnisse und Konformitätsnachweise gegenseitig anerkannt werden.

Artikel 10 enthält eine Streitbeilegungsklausel, die sinngemäss aus dem GATT-Uebereinkommen über technische Handelshemmnisse entnommen wurde. Der Einbau einer Schiedsklausel war nicht möglich, was wir bedauern. Gemäss den Bestimmungen von Artikel 10 sind Meinungsverschiedenheiten in erster Linie zwischen den Vertragsparteien direkt zu regeln. Falls dies nicht möglich ist, können die Vertragsparteien an den Ständigen Ausschuss gelangen. Dieser kann, wenn nötig unter Beizug unabhängiger Experten, Massnahmen anordnen. Solche Massnahmen können auch die Entbindung von Verpflichtungen gemäss dieser Konvention gegenüber anderen Vertragsparteien einschliessen.

Die Artikel 11 bis 15 schliesslich enthalten die üblichen Schlussbestimmungen.

IV. Brückenschlag zu den EG

Die Ausarbeitung der Konvention erfolgte von Anbeginn weg in engem Kontakt mit den zuständigen Dienststellen der EG-Kommission, um sicherzustellen, dass die EFTA-internen Instrumente eine solide Grundlage für einen späteren Brückenschlag mit den EG abgeben werden. Anlässlich der letzten Sitzung des EFTA-Ausschusses für technische Handelshemmnisse im April 1988 hat der in der EG-Kommission für die Arbeiten im Bereich der technischen Harmonisierung verantwortliche Koordinator bestätigt, dass der vorliegende Konventionsentwurf eine geeignete Grundlage für den künftigen Abschluss von EG/EFTA-Staaten-Vereinbarungen über die gegenseitige Anerkennung

von Prüfergebnissen und Konformitätsnachweisen darstelle, und zwar sowohl für jene Bereiche, die von bisher bestehenden EG-Richtlinien abgedeckt werden wie auch für jene, die unter dem Binnenmarktprogramm neu entstünden.

V. Das Verhältnis der Konvention zum GATT resp. zum Uebereinkommen über technische Handelshemmnisse

Eine Ueberprüfung der Konvention aus GATT-rechtlicher Sicht hat ergeben, dass diese ein Teil des europäischen Freihandelssystems ist. Die Schweiz wie auch die anderen EFTA-Partner bleiben nach der vorliegenden Konvention jedoch - in Uebereinstimmung mit ihren Gatt-rechtlichen Verpflichtungen, insbesondere dem Uebereinkommen über technische Handelshemmnisse - frei, ähnliche Uebereinkommen mit anderen Handelspartnern abzuschliessen. Die EFTA-Länder haben daher in ihrer vom EFTA-Rat am 20. Januar 1988 verabschiedeten Grundsatzerklärung im Bereich des Prüf- und Zertifikationswesens ausdrücklich ihre Bereitschaft bekundet, für den Abschluss von Vereinbarungen über die gegenseitige Anerkennung von Prüfergebnissen und Konformitätsnachweisen gegenüber allen Partnern offenzubleiben. Der Weg zu einer umfassenden Politik, die unsere europa- und welthandelspolitischen Interessen verknüpft, wird durch die vorliegende Konvention somit nicht verbaut.

VI. Anwendbarkeit der Konvention im Fürstentum Liechtenstein

Durch ein von allen Vertragsstaaten zum gleichen Zeitpunkt wie die Konvention zu unterzeichnendes Protokoll bestätigen sowohl die Vertragsstaaten wie auch das Fürstentum Liechtenstein die Anwendbarkeit der Konvention im Fürstentum Liechtenstein, solange dieses mit der Schweiz eine Zollunion bildet und die Schweiz Vertragsstaat der Konvention ist. (Vgl. Annex zu Beilage 1)

VII. Ergebnis der Vernehmlassung

Von Anbeginn an wurden die hauptsächlich betroffenen Kreise aus Wirtschaft und Verwaltung einschliesslich der Direktion für Völkerrecht des EDA und des Bundesamtes für Justiz bei den Vorbereitungsarbeiten miteinbezogen. Im Hinblick auf die letzten Verhandlungsrunden auf Expertenebene fand im Januar 1988 schliesslich eine Konsultation von über 20 Bundesstellen statt, deren Bemerkungen bei der Finalisierung des Abkommensentwurfes von den anderen EFTA-Partnern akzeptiert wurden.

Im Rahmen der Aemterkonsultation wurden die folgenden Stellen begrüsst:

- EDA: Direktion für Völkerrecht
- EDI: Generalsekretariat
- Amt für Bundesbauten
- Bundesamt für Gesundheitswesen
- Bundesamt für Sozialversicherung
- Bundesamt für Umweltschutz
- EJPD: Generalsekretariat
- Bundesamt für Justiz
- Bundesamt für Polizeiwesen
- Eidg. Amt für Messwesen
- Eidg. Kommission Prüfstellendienst
- EMD: Direktion der Eidg. Militärverwaltung (Generalsekretariat)
- EFD: Generalsekretariat
- Eidg. Finanzverwaltung
- Eidg. Zollverwaltung
- Eidg. Alkoholverwaltung
- EVED: Generalsekretariat
- Bundesamt für Zivilluftfahrt
- Bundesamt für Energiewirtschaft
- GD PTT Fernmeldedepartement

In der Aemterkonsultation sind keine Einwendungen vorgebracht worden. Zwei Bundesämter haben indessen gewünscht, dass bereits im Antrag an den Bundesrat ein Hinweis auf zwei spezifische Fragen erfolge, die bei der Ausarbeitung der Botschaft noch näherer Abklärungen bedürfen:

Das Bundesamt für Justiz hat in seiner Stellungnahme dargelegt, dass die Frage, ob die vorliegende Konvention dem Staatsvertragsreferendum nach Artikel 89 BV Absatz 3 unterliege, noch nicht definitiv geklärt werden konnte. Die Konvention kann jederzeit unter Einhaltung einer Frist von 12 Monaten gekündigt werden und ein Beitritt zu einer internationalen Organisation ist nicht vorgesehen. Die Frage, ob mit der Konvention eine multilaterale Rechtsvereinheitlichung bewirkt werde, bedürfe jedoch noch eingehender Abklärungen und solle im Rahmen der Vorbereitung der Botschaft an die Eidgenössischen Räte behandelt werden. Die Direktion für Völkerrecht wird in Verbindung mit den interessierten Verwaltungsstellen zu gegebener Zeit die Referendumsfrage beantworten.

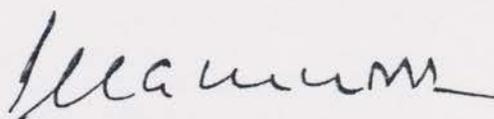
Eine weitere Frage, die ebenfalls erst in der Botschaft behandelt werden kann, ist von der Eidgenössischen Finanzverwaltung aufgeworfen worden. Sie gilt den personellen und finanziellen Konsequenzen der Vorlage. Zur Zeit verfügen wir aber über keine Unterlagen, welche zuverlässige Schätzungen ermöglichen würden. Die Konsequenzen werden nicht zuletzt auch vom Ergebnis der Verhandlungen mit den EG - ja letztlich vom Erfolg der angestrebten Harmonisierung - abhängig sein. Indessen steht schon jetzt fest, dass die volkswirtschaftlichen Kosten weit höher ausfielen, wenn die angestrebte engere Zusammenarbeit im Rahmen des in Entstehung begriffenen Wirtschaftsraumes Europa nicht zustande käme.

Für getreuen Abzug
Der Protokollführer

VIII. Antrag

Wir beantragen Ihnen, dem beiliegenden Beschlussesdispositiv zuzustimmen.

EIDGENÖSSISCHES
VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT



Beilagen:

- Entwurf eines Beschlussesdispositivs sowie
- Beilage 1 - Konventionstext und Protokoll betr. Liechtenstein
- Beilage 2 - Struktur des künftigen Vortragswerkes zwischen den EG und den EFTA-Ländern

Zum Mitbericht an:

- Eidg. Departement für Auswärtige Angelegenheiten
- Eidg. Departement des Innern
- Eidg. Justiz- und Polizeidepartement
- Eidg. Militärdepartement
- Eidg. Finanzdepartement
- Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement

Protokollauszug an:

- EDA (2)
- EDI (6)
- EJPD (6)
- EMD (2)
- EFD (5)
- EVED (5)
- EVD (10)

Annex to
EFTA/EEC 17/88 (1988)
3 MAY 1988

Konvention über die gegenseitige Anerkennung von Prüfergebnissen
und Konformitätsnachweisen

Aufgrund des Auftrages des EVD vom 26. Mai 1988

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Der Konvention über die gegenseitige Anerkennung von Prüfergebnissen und Konformitätsnachweisen sowie dem Protokoll über die Anwendung dieser Konvention auf das Fürstentum Liechtenstein wird zugestimmt.
2. Im Hinblick auf das EFTA-Ministertreffen vom 14./15. Juni in Tampere wird der Delegationsleiter oder dessen Stellvertreter ermächtigt, die Konvention und das Protokoll unter Ratifikationsvorbehalt zu unterzeichnen.
3. Das EVD wird beauftragt, nach der Unterzeichnung der Konvention eine Botschaft auszuarbeiten.

Für getreuen Auszug

Der Protokollführer:

RECOGNISING that no Contracting State is prevented by this Convention from concluding mutual recognition agreements in the field of testing, inspection and certification with other countries,

CONSIDERING that no provision of this Convention may be interpreted as exempting the Contracting States from their obligations under other international agreements such as the Convention establishing the European Free Trade Association (EFTA) and the GATT Agreement on Technical Barriers to Trade set up within the General Agreement on Tariffs and Trade (GATT),

Annex to
EFTA/TBT 17/88 (Rev.)
3 May 1988

DRAFT

CONVENTION ON THE MUTUAL RECOGNITION
OF TEST RESULTS AND PROOFS OF CONFORMITY

The Republic of Austria, the Republic of Finland, the Republic of Iceland, the Kingdom of Norway, the Kingdom of Sweden and the Swiss Confederation, hereinafter referred to as the Contracting States,

DESIRING to contribute to a homogeneous and dynamic European economic space,

CONSIDERING that the international harmonization of standards and technical regulations and of guidelines for methods and procedures for testing and certification is a valuable contribution to the free movement of products,

CONSIDERING that this harmonization must be supplemented by mutual recognition of test results and proofs of conformity and desiring therefore to promote co-operation between their testing, inspection, certification and accreditation bodies and concerned authorities as well as the use of suppliers' declarations of conformity,

RECOGNIZING that a product lawfully marketed in one Contracting State should in principle be permitted to circulate freely and to be used in the other Contracting States,

RECOGNIZING that no Contracting State is prevented by this Convention from concluding mutual recognition agreements in the field of testing, inspection and certification with other countries,

CONSIDERING that no provision of this Convention may be interpreted as exempting the Contracting States from their obligations under other international agreements such as the Convention establishing the European Free Trade Association (EFTA) and the GATT Agreement on Technical Barriers to Trade set up within the General Agreement on Tariffs and Trade (GATT).

Annex to
EFTA/TBT 17/88 (Rev.)

- 2 -

HAVE AGREED as follows:

General provisions

Article 1

1. This Convention is applicable to all products, which in any of the Contracting States are subject to mandatory requirements concerning testing or proofs of conformity or other forms of verification or approval before being put on the market or used.
2. Terms contained in this Convention shall have internationally accepted meanings, especially as laid down in the documents listed in Annex I to this Convention.
3. For the purpose of this Convention the term "test results" includes test reports and the term "proofs of conformity" includes inspection reports, suppliers' declarations of conformity, certificates and marks of conformity, attestations of conformity and other results of actions demonstrating conformity.

Article 2

1. The Contracting States, when granting approval or admitting products to be put on the market or to be used, shall ensure that relevant bodies within their territories accept without re-examination test results from testing laboratories which have been accredited in accordance with the criteria laid down in documents listed in Annex II to this Convention and which are located within the territory of another Contracting State.
2. The Contracting States, when granting approval or admitting products to be put on the market or to be used, shall ensure that relevant bodies within their territories accept and recognize as equivalent to their own without re-examination test results and proofs of conformity from relevant bodies in another Contracting State in accordance with an agreement listed in Annex III to this Convention.
- 3.1 The accredited testing laboratories referred to in paragraph 1 above, as well as relevant bodies from which test results or proofs of conformity are recognized under agreements referred to in paragraph 2 above shall be endorsed by the Standing Committee referred to in Article 8 and listed in Annex IV. Any withdrawal of accreditation or recognition shall promptly be reflected in Annex IV to this Convention.

- 3 -

- 3.2 The Contracting States shall present accredited laboratories located within their territories to the Standing Committee for endorsement, indicating the scope of the tests and the relevant test methods for which the accreditations are valid. They shall likewise inform the Standing Committee of any suspension or withdrawal of accreditation.
- 3.3 The administrative bodies of the agreements referred to in Article 7 shall present bodies from which test results or proofs of conformity are recognized under such an agreement to the Standing Committee for endorsement. They shall likewise inform the Standing Committee of any suspension or deletion of such bodies under such an agreement.
- 3.4 If so requested by a Contracting State the Standing Committee shall decide on the deletion of a testing laboratory or other body from the list in Annex IV.
4. The Contracting States shall not be prevented from carrying out reasonable spot checks within their territories.

Article 3

1. Where there are valid reasons to suspect that specific test results or proofs of conformity are incomplete or incorrect, a Contracting State may refuse to accept such results or proofs.
2. When necessary to protect human, animal or plant life or health, property or the environment a Contracting State may take appropriate measures to recall or prohibit the marketing of a product even if it has passed a test or a procedure of proof of conformity in another Contracting State.
3. Prohibitions and restrictions caused by measures in accordance with paragraphs 1 or 2 must not, however, constitute a means of arbitrary or unjustifiable discrimination or a disguised restriction on trade between the Contracting States.
4. A Contracting State undertaking a measure under this Article shall immediately inform the Standing Committee referred to in Article 8 of such a measure.

Article 4

The Contracting States shall take such reasonable measures as may be available to them to ensure that local government bodies and non-governmental bodies within their territories comply with the provisions of the Convention. In addition, Contracting States shall not take measures which have the effect, directly or indirectly, of requiring or encouraging such bodies to act in a manner inconsistent with the provisions of this Convention.

Annex to
EFTA/TBT 17/88 (Rev.)

- 4 -

Sectoral agreements

Article 5

1. The Governments of the Contracting States are entitled under this Convention to conclude the agreements referred to in Article 2(2). They may entrust competent bodies with the task of concluding such agreements if these bodies are not entitled by law to conclude such agreements. The national implementation of such agreements may necessitate the amendment of national legislation.
2. Agreements between competent bodies that provide for the mutual recognition of test results and proofs of conformity may be included in Annex III to this Convention if they comply with the provisions of this Convention.
3. The Contracting States shall ensure that competent bodies within their territories which initiate or are invited to be a member of a new agreement shall inform the Standing Committee thereof.

Article 6

1. Any Contracting State may propose that an agreement be included in or deleted from Annex III to this Convention.
2. The inclusion of agreements in Annex III to this Convention and the deletion therefrom shall be decided upon by the Standing Committee.
3. The Standing Committee shall base its decision to include an agreement in Annex III to this Convention on the conformity of the agreement with the provisions of this Convention, in particular Article 7 thereof.
4. The Standing Committee may decide to delete an agreement from Annex III to this Convention if it no longer complies with the provisions of this Convention, if competent bodies from less than three Contracting States are members thereof or if it ceases to function.

Article 7

1. Only agreements of which competent bodies from at least three Contracting States are members may be included in Annex III to this Convention.

- 5 -

2. In order to be included in Annex III the provisions of an agreement must contain at least the following:
 - (a) products or product sectors to be covered;
 - (b) requirements for the products;
 - (c) procedures for testing or for proving conformity and stipulation of mutual acceptance;
 - (d) guidance on how trade and industry can benefit from the facilities offered by the agreement;
 - (e) rules for the administration of the agreement;
 - (f) conditions for participation ensuring a fair balance of rights and obligations for all parties;
 - (g) procedures for dispute settlement.
3. Agreements shall, as far as possible, be based on harmonized requirements for the products concerned, for the proofs of conformity and for the necessary test methods.
4. The administrative body of each agreement shall annually report to the Standing Committee on the operation of the agreement.

Standing Committee

Article 8

1. A Standing Committee is hereby established in which each Contracting State shall be represented and have one vote.
2. The Standing Committee shall act by unanimity unless otherwise provided for in this Convention. Decisions and recommendations shall be regarded as unanimous unless any representative of a Contracting State casts a negative vote. Those decisions and recommendations which are to be made by majority vote require the affirmative vote of at least four Contracting States.
3. The Standing Committee shall meet whenever necessary but at least once a year. Any Contracting State may request that a meeting be held.
4. The Standing Committee shall adopt its own rules of procedure which shall, inter alia, contain provisions for the convening of meetings and for the designation of the Chairman and his term of office.

- 6 -

5. The Standing Committee may decide to set up any Sub-Committee or Working Party that can assist it in carrying out its duties.
6. The Standing Committee may invite observers and experts to attend meetings of the Committee.

Article 9

1. It shall be the responsibility of the Standing Committee to administer this Convention and to monitor its proper implementation as well as to review the operation of the agreements included in Annex III to this Convention. For these purposes it shall take decisions in the cases provided for in this Convention as well as make recommendations for the furtherance of the objectives of the Convention.
2. If in the Standing Committee a consensus cannot be reached on the endorsement or deletion of a testing laboratory or a relevant body according to Article 2(3), the Standing Committee shall promptly set up a Working Party with the task of preparing a decision. Each Contracting State may nominate one member to the Working Party. The Working Party shall present its report containing findings and recommendations within three months to the Standing Committee, after which the Standing Committee shall act within two months by majority vote.
3. At the request of a Contracting State, the Standing Committee shall examine cases where measures under Article 3 have been taken. It may recommend by majority vote that any Contracting State involved in such a case take appropriate measures to prevent similar cases from occurring in the future. This shall not prevent the application of Article 10.
4. The Standing Committee may recommend amendments to the text of this Convention. It shall adopt by decision amendments to the Annexes to this Convention.
5. If a representative of a Contracting State in the Standing Committee has accepted a decision with reservation, subject to the fulfilment of constitutional requirements, the decision shall enter into force, if no date is contained therein, on the first day of the second month after notification of the lifting of the reservation.

6. The Standing Committee shall annually review the implementation and operation of the Convention, taking into account the objectives thereof. The Contracting States shall provide the necessary information for the reviews. The results of the reviews shall be published.

Dispute Settlement

Article 10

1. If a dispute arises between any of the Contracting States as to any matter affecting the operation of this Convention and if no satisfactory solution is found between the Contracting States concerned, any of them may refer the matter to the Standing Committee.
2. The Standing Committee shall, after examining the matter, endeavour to reach a settlement of the dispute that is acceptable to the Contracting States concerned.
3. If no such settlement can be reached any of the Contracting States may request that the matter be referred for examination to a panel of independent governmental or non-governmental experts to be set up by the Standing Committee.
4. On the basis of the report of the panel containing its findings and recommendations, the Standing Committee shall, by majority decision, take appropriate action. It may, if the circumstances are serious enough, authorize one or more Contracting States to suspend in respect of any other Contracting State the application of such obligations under this Convention as it considers appropriate.

Final Provisions

Article 11

The Contracting States shall promptly after the entry into force of this Convention inform the Standing Committee of measures in existence or taken to ensure the implementation and administration of this Convention. Any changes of such measures thereafter shall also be notified to the Standing Committee.

Article 12

The Annexes to this Convention shall form an integral part thereof.

Article 13

Any Contracting State may withdraw from this Convention provided it gives twelve months' notice in writing to the depositary which shall notify all other Contracting States.

Article 14

1. This Convention shall enter into force on 1 January 1990 provided that the Contracting States before that date have deposited their instruments of acceptance with the Government of Sweden which shall act as depositary.
2. If this Convention does not enter into force on 1 January 1990 it shall do so on the first day of the second month following the deposit of the last instrument of acceptance.
3. The depositary shall notify the Contracting States of the date of the deposit of the instrument of acceptance of each Contracting State and of the date of the entry into force of the Convention.
4. The Secretariat services for this Convention shall be provided by the EFTA Secretariat.

Article 15

This Convention, which is drawn up in a single copy in the English language, shall be deposited with the Government of Sweden which shall deliver a certified copy thereof to each Contracting State.

Annexes to the Convention on Mutual Recognition of Test Results and Proofs of ConformityAnnex IList of documents on definitions referred to in Article 1(2)

- (a) ISO/IEC Guide 2-1986 General Terms and their definitions concerning standardization and related activities
- (b) General Agreement on Tariffs and Trade, Agreement on Technical Barriers to Trade, Geneva 1979, Annex 1, Terms and their definitions for the specific purposes of this agreement; definitions of central government body, local government body and non-governmental body.

Annex IIList of documents defining accreditation criteria referred to in Article 2(1)

- (a) ISO/IEC Guide 25-1982, General requirements for the technical competence of testing laboratories
- (b) ISO/IEC Guide 38-1983, General requirements for the acceptance of testing laboratories

Annex IIIList of agreements referred to in Article 2(2)Annex IVList of testing laboratories and relevant bodies from which test results or proofs of conformity are recognized under agreements referred to in Article 2(3.1)

PROTOCOL RELATING TO THE APPLICATION OF
THE CONVENTION ON THE MUTUAL RECOGNITION OF
TEST RESULTS AND PROOFS OF CONFORMITY TO
THE PRINCIPALITY OF LIECHTENSTEIN

The Signatory States of the Convention on the Mutual Recognition of Test Results and Proofs of Conformity and the Principality of Liechtenstein,

Considering that the Principality of Liechtenstein forms a customs union with Switzerland pursuant to the Treaty of 29 March 1923,

Considering that the Principality of Liechtenstein has expressed the wish that all the provisions of the Convention should be applied to it and to this end, in so far as this is necessary, proposes to give special powers to Switzerland,

Have agreed as follows:

1. The Convention shall apply to the Principality of Liechtenstein as long as it forms a customs union with Switzerland and Switzerland is a Party to the Convention.
2. For the purposes of the Convention, the Principality of Liechtenstein shall be represented by Switzerland.

- 2 -

3. This Protocol shall be ratified by the Signatory States of the Convention and the Principality of Liechtenstein. The instruments of ratification shall be deposited with the Government of Sweden which shall notify all other Contracting Parties.

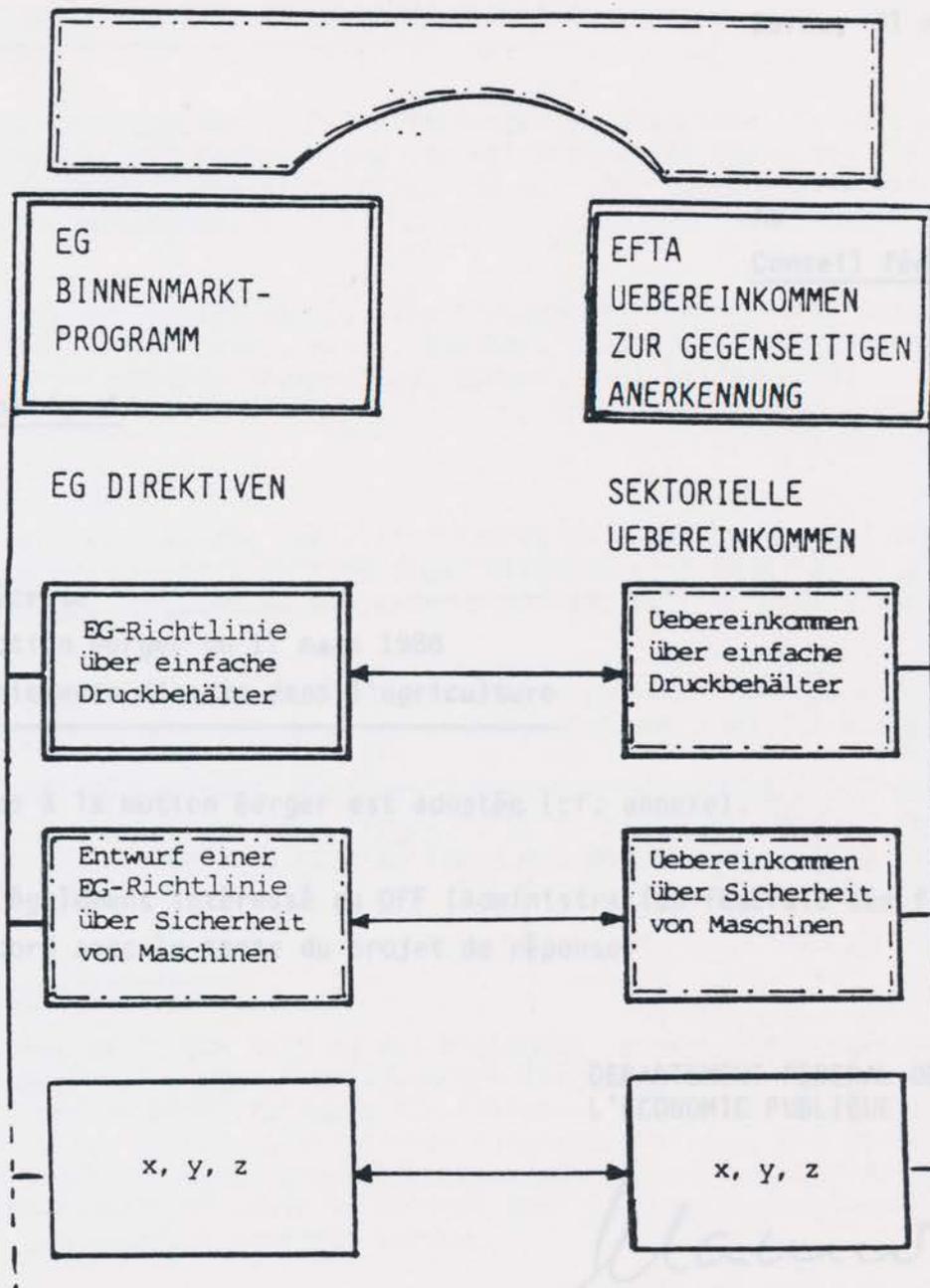
4. This Protocol shall enter into force on the deposit of instruments of ratification by all Contracting Parties.

In witness whereof the undersigned, duly authorized thereto, have signed the present Protocol.

Done at

in a single copy in the English language which shall be deposited with the Government of Sweden, by which certified copies shall be transmitted to all other Contracting Parties.

EG/EFTA UEBEREINKOMMEN ZUR GEGENSEITIGEN ANERKENNUNG VON PRUEFERGEBNISSEN UND KONFORMITAETS-NACHWEISEN BZW. ZUR GEWAHRLEISTUNG DES FREIEN WARENVERKEHRS



Gemäss EG-Weissbuch fallen über hundert weitere Vorhaben in den Bereich der technischen Harmonisierung. Dies dürfte bedeuten, dass in den kommenden Jahren parallel zu EG-Richtlinien zahlreiche Uebereinkommen unter dem EFTA-Rahmenübereinkommen sowie entsprechende Brückenschläge zu den EG vereinbart werden müssen. Das Bedürfnis nach solchen Uebereinkommen wird unter anderem auch an den bereits bestehenden Freihandelsregeln in der EFTA-Konvention und in den Freihandelsabkommen EFTA-Staaten/EG zu messen sein.

— geplant

== ausgeführt

== in Vorbereitung